Schweiz

EU-Nachbarn wünschen sich mehr Schweiz

Neue Umfrage zeigt: Die Schweizer sind mit dem politischen System in der Schweiz zufriedener als die Bevölkerung in den angrenzenden Staaten mit der EU. Das hat auch historische Gründe



Politische Mitbestimmung fördert Zufriedenheit: Abstimmungslokal im Restaurant Alpenhof. (Wiesenberg, NW, 24. September 2017)

Stefan Bühler

Es ist eine provokative Studie. Die EU mit ihren 27 Mitgliedsstaaten könnte sie auch als Anmassung vonseiten der Schweiz bezeichnen. Denn erstens legt sie nahe, dass eine Annäherung zwischen Brüssel und Bern besser gelingen könnte, wenn die EU ihr politisches System in Richtung der schweizerischen halbdirekten Demokratie reformierte. Und zweitens liefert sie Hinweise. dass solche Reformen in der Bevölkerung unserer vier EU-Nachbarstaaten mehrheitlich willkom-

Es ist die erste Umfrage des Brüsseler Regierungstätigkeit. Meinungsforschungsinstituts GfS Bern zur Europapolitik, die über die Landesgrenzen hinaus reicht: In der Schweiz sowie in den EU-Staaten Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich befragte Personen zur Zufriedenheit mit ben an, mit unserem politischen tisches Vorbild für die EU». System zufrieden oder sehr zu- Folgerichtig wünschen sich in frieden zu sein. Derweil sind in den Nachbarstaaten 75 Prozent in der Bevölkerung chancenlos. den Nachbarstaaten nur 50 Pro- einen Ausbau der Mitbestim-

den Fragen nach einzelnen politi- Annäherung zwischen Bern und nen Organisationen, die sich er- Werden hier nicht Äpfel mit Birschen Aspekten: Mit der Möglich- Brüssel - eine knappe Mehrheit folgreich gegen den vom Bundes- nen verglichen? Lässt sich das na-

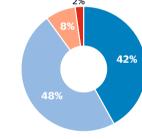
keit zur Mitbestimmung sind in der Schweiz 93 Prozent zufrieden, bei den EU-Nachbarn sind Frage in der Schweiz: dies nur 48 Prozent. Und auch Wie zufrieden sind Sie generell wenn in der Schweiz gerne über mit dem politischen System der Regulierungswut geschimpft Schweiz? wird, sind doch 87 Prozent zufrieden mit unseren Regeln. Die EU-Regeln werden derweil nur von 48 Prozent der Nachbarn als zufriedenstellend beurteilt.

Schliesslich sind 77 Prozent der Befragten in der Schweiz zufrieden mit den Resultaten der Politik. In den vier EU-Staaten hingegen ist eine knappe Mehrheit von 51 Prozent eher oder sehr unzufrieden mit den Resultaten der

Mitsprache erwünscht

Aus Sicht der Mehrheit der Befragten in den Nachbarstaaten bestehe derzeit keine politische Partizipationsmöglichkeit, die in der das Team von GfS-Studienleiter EU besser funktioniert als in der bereit, einem EWR-Beitritt zuzu-Urs Bieri im September je 1000 Schweiz, heisst es in der Studie. Und weiter: Die Befragten sähen deutlichem Ergebnis: 90 Prozent mungen und der Möglichkeit po- nähern würde, blieben die Über-

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei EU als Voraussetzung für eine Europa und Autonomiesuisse, je-



die EU dem direktdemokrati-

Frage in Deutschland, Österreich,

Wie zufrieden sind Sie generell mit

dem politischen System der EU?

Frankreich und Italien:

der supranationalen Organisation der EU vergleichen? «Wir vergleichen nicht das System, sondern untersuchen, wie die unterschiedlichen Demokratiesysteme die grundsätzlichen Ansprüche der Bevölkerung an die Politik zu befriedigen vermögen», widerspricht Studienleiter Bieri von GfS Bern. Dies sei freilich nur ein Blickwinkel auf das Funktionieren der Demokratie: «In jedem Land gibt es eine andere Geschichte, unterschiedliche Kulturen und andere wirtschaftliche,

tionale System der Schweiz mit

Gremien oder den Eliten ausgehen wird, sondern nur das Resultat von politischen Bewegungen von unten sein kann», schreibt politische und gesellschaftliche Graber auf Anfrage. Der gegen-Sachzwänge.» Die Untersuchung wärtige Problemdruck lasse die sei als Diskussionsbeitrag zu ver-Vermutung zu, dass grössere Prostehen, «sie leitet explizit keine testbewegungen zu erwarten sei-Forderungen ab», sagt Bieri. en, die neben konkreten sozialen Volksrechte dank Revolten die Forderung nach mehr Partizi-Flankiert wird die Umfrage von pation enthalten könnten. Wann einem Text von Professor Rolf dies sein werde, lasse sich freilich Graber. Der Historiker zeigt auf, dass sich das System der Schweiz über Jahrhunderte entwickelte.

oft getrieben von Revolten gegen

Ausland interessiert beobachtet

wurde. Zugleich, so Graber, er-

nicht voraussagen Was den Druck der EU auf die Schweiz betrifft, schreibt er: «In historischer Perspektive hat es ieweils recht lange gedauert, bis die Schweiz dem Druck von aussen den allfällige Sanktionen der EU erzeugen. Ob und wie rasch die folgten wesentliche Entwicklun- Bevölkerung darauf reagieren wird, lasse sich aber nicht sagen.

Auch heute gilt die Schweiz

vielen als demokratiepolitisches

Vorbild, wie die Umfrage zeigt.

Zugleich steht sie unter Druck, ihr

System den Regeln der EU anzu-

passen, will sie weiterhin einen

privilegierten Zugang zum EU-

nicht, dass eine Demokratisie-

rung der EU von oben, das heisst

von den zuständigen politischen

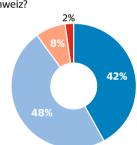
oder politischen Postulaten auch

«Als Sozialhistoriker glaube ich

NZZ am Sonntag 14. November 2021

sprache erst auf internationalen Druck, etwa das Stimmrecht für wicklung der Demokratie ist nie Juden oder für die Frauen. Was abgeschlossen - weder in der EU heisst das für die Gegenwart?

Höhere Akzeptanz in der Schweiz



sehr zufrieden eher zufrieden eher unzufrieden sehr unzufrieden weiss nicht / keine Antwort Quelle: GfS Beri

von 51 Prozent der befragten rat im Mai versenkten Rahmen-Schweizerinnen und Schweizer wäre unter dieser Bedingung stimmen. Doch selbst wenn sich dem demokratischen System, Mit die Schweiz bezüglich Abstim- schen System der Schweiz an- oder sinnvolle Verwendung von der Befragten in der Schweiz ge- litischer Vorstösse «als demokra- nahme von EU-Recht und die EU- Schweiz besser ab als die Europäi- die Obrigkeit im Inland. Dies habe Richter als Instanz bei Konflikten sche Union», sagt er, «das müsste sie zum «Experimentierfeld für nachgegeben hat.» Ausschlagge-

In Auftrag gegeben hat die Stu-

vertrag einsetzten. Meisser sieht in der Umfrage seine Positionen

gestärkt: «In jedem einzelnen abgefragten Punkt, egal ob Corona-Politik, Schutz von Minderheiten Steuergeldern, schneidet die Knackpunkte und der EU-Beitritt der EU-Kommission zu denken Demokratie» gemacht, das vom geben.» Und weiter: «Die Studie bietet auch klare Hinweise darzent zufrieden mit dem EU-Sys- mungsrechte. Umgekehrt sehen die Luzius Meisser, Mitgründer auf, dass die Schweiz einer demotem, 44 Prozent sind sehr oder in der Schweiz viele einen Ausbau der Bitcoin Association Switzer- kratischer organisierten EU ge- gen hin zu mehr politischer Mitder Mitbestimmungsrechte in der land. Er ist Mitglied bei Kompass genüber aufgeschlossener wäre.» Doch sei die Frage erlaubt:

Thomas Hefti, Politkünstler, ist ins Knobeln geraten. Der FDP-Ständerat leitet die Jury, die bestimmt, wie man zur 175-Jahr-Feier der Bundesverfassung das Giebeldreieck am Bundeshaus künstlerisch veredeln könnte. Doch die Künstler liessen Hefti und Co. offenbar ratlos zurück jedenfalls haben sie von den Schöpfern nun eine «Konkretisierung» ihrer Ideen verlangt. Und damit bleibt offen, ob wie geplant bis 2023 ein Werk fertig wird. Wir finden: Das muss es!

Inschrift vor: «L'art n'existe pas.»



stehe wohl noch ein Stück weiter also gut möglich, dass sie der-

Schub für die neue Gentechnik

Coop, Migros und Bauernvertreter wollen der Genschere zum Durchbruch verhelfen

Daniel Friedli

NZZ am Sonntag 14. November 2021

Landwirtschaft und Gentechnik, das ist in der Schweiz seit langem eine verbotene Beziehung. Seit über fünfzehn Jahren ist der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen untersagt. Und auch die Möglichkeiten der neuen Gentechnik, des sogenannten Genome-Editing, haben an diesem Tabu bisher nichts geändert. Nun will eine prominente Allianz neuen Schwung in die Debatte bringen. Unter dem Namen «Sorten für morgen» hat sich diese Woche ein Verein konstituiert, der den modernen genetischen Züchtungsverfahren auf die Sprünge helfen will. «Wir wollen diesen Verfahren auch in der Schweiz eine Chance geben», sagt Präsident Jürg Niklaus. Dass die Offensive politisch re-

levant ist, zeigt der Blick auf die Vereinsmitglieder: Mit dabei sind die grossen Detailhändler Coop und Migros, das Konsumentenforum und auf bäuerlicher Seite die mächtige Agrargenossenschaft Fenaco, die Bauern von IP-Suisse sowie die Obst-, die Gemüse- und die Kartoffelproduzenten. Damit deckt der Verein **«Wir haben die** vom Acker bis zur Küche die ganze Lebensmittelkette ab, in der auch alle Akteure vor denselben Herausforderungen stehen: Klimawandel und Wetterkapriolen machen die Ernten unsicherer, gleichzeitig fordert die Gesellschaft mehr Nachhaltigkeit (und zum Beispiel weniger Pestizide), ohne dass dabei die Qualität der

Genschere als Mittelweg

In diesem Zielkonflikt setzt der Verein grosse Hoffnungen in das Genome-Editing. Diese Technik erlaubt es, in einem Organismus gezielt Gene anzuschalten, abzustellen oder einzufügen und so seine Eigenschaften zu verändern. So lassen sich etwa Kartoffeln züchten, die resistenter sind gegen Knollenfäule und daher weniger gespritzt werden müssen. Oder Salate, die mehr Vitamin Caufweisen und so weniger schnell braun werden

Im Unterschied zur klassischen Gentechnik geschieht dies aber



niemand will.»

Sorge, dass die Schweiz hier etwas

gezielt und präzise an einer Stelle. Und nicht immer wird dabei fremde DNA eingeschleust, man kann mit dieser Genschere auch arteigenes Erbgut umschreiben. Und unter Umständen ist dann beim Endprodukt gar nicht nachweisbar, ob es durch Editing oder durch traditionelle Züchtung entstanden ist. «Damit», sagt Fritz Rothen, der Geschäftsführer von IP-Suisse, «kann diese Technik für unsere Landwirtschaft einen sinnvollen Mittelweg darstellen zwischen dem konventionellen oder biologischen Anbau und der

breite Debatte über diese neue Technik anstossen, wobei er sich aber explizit auf die Verfahren beschränkt, die nicht mit fremdem Erbgut arbeiten. Er will deren Potenzial darlegen, den Wissensaustausch fördern und mithelfen, sinnvolle gesetzliche Regeln zu finden. Denn die Politik habe die Entwicklung bisher verschlafen.

riesigen Schritt gemacht und vie- tung, «unabhängig von der Me le Erkenntnisse vorgelegt. Doch noch nicht richtig angekommen»,

sagt Jürg Niklaus. In der Tat tut sich die Politik auf die neuen Möglichkeiten. Der Bundesrat dachte 2018 einmal laut darüber nach, geneditierte Pflanzen anders zu behandeln als klassisch gentechnisch veränderte Organismen. Zuletzt stellte er diese Verfahren aber doch unter das rigorose Gentechnikgesetz und das geltende Moratorium. bisherigen Gentechnologie, die Der Nationalrat hat diesen Ent-

scheid soeben grossmehrheitlich

Der Verein will darum nun eine gestützt, auch mit dem Sukkurs der Bauern. Ihr Dachverband hat kräftig mitgeholfen, die Landwirtschaft im Sinne vieler Konsumenten als «gentechfrei» zu positionieren, entsprechend zurückhaltend standen sie den neuen Züchtungsverfahren gegenüber. Zwar befürwortet auch der Bauernverband deren Erforschung sowie ganz allgemein mehr Enga-«Die Wissenschaft hat hier einen gement bei der Pflanzenzüch-

in Politik und Gesellschaft ist das aber bewusst nicht beigetreten Angst vor den Risiken

bisher schwer mit ihrer Reaktion Die Bauern beschäftigt dabei, was auch Umweltministerin Simonetta Sommaruga im Parlament angemahnt hat. Das Thema der neuen Züchtungsmethoden sei weit und komplex, es fehle an fundierten Risikoanalysen, und viele Fragen seien noch offen. Will man zum Beispiel geneditierte Produkte für die Konsumenter klar deklariert zulassen, braucht es zuerst sichere Methoden, um die Eingriffe überhaupt nachwei-

sen zu können. Dass das Thema komplex ist dem widerspricht auch Vereinspräsident Niklaus nicht. Doch umso dringender sei es, die Debatte dazu endlich richtig in Gang zu bringen. In den USA und in Asien sei die Diskussion schon viel weiter, sagt er, «Und wir hahier etwas Grosses verpasst.»

In Kürze

Gewerkschaften planen Frauenstreik

17

220 Gewerkschafterinnen verabschiedeten gestern eine Charta für eine feministische Gewerkschaftsbewegung. Die Teilnehmerinnen forderten neben der Verbesserung von Frauenrenten auch eine bessere Organisation von bezahlter und unbezahlter Betreuungs- und Pflegearbeit. Laut einer Mitteilung des Schweize rischen Gewerkschaftsbundes wurde zudem beschlossen, einen «grossen feministischen Streik» vorzubereiten. (zzs.)

Ein Toter und Verletzte bei Unfall

Bei einem Selbstunfall auf der A 2 im Kanton Basel-Landschaft wurden in der Nacht auf Samstag vier Teenager teilweise schwer verletzt, ein 18-Jähriger starb auf der Unfall stelle. Das Fahrzeug war mehrmals mit der Leitplanke kollidiert und schliesslich gegen eine Mauer gekracht. Die Staatsanwaltschaft Basel-Landschaft ermittelt den Unfallhergang. (zzs.)

Lebloser Mann am Aareufer gefunden

In der Gemeinde Heimberg im Kanton Bern wurde am Freitag ein Mann leblos aufgefunden. Beim Verstorbenen handelt es sich um einen 49-jährigen im Kanton Bern wohnhaften Schweizer. Die zuständige Staatsanwaltschaft geht der zeit von einem Unfallgeschehen aus und hat die Ermittlungen ausgeweitet. (zzs.)

Unfallverursacher verletzt Polizistin

Ein 18-jähriger Bulgare verursachte in der Nacht auf Samstag im aargauischen Rothrist einen Selbstunfall. Als ihn eine Polizeipatrouille stellen wollte, griff der Mann die Beamten an. Mit Verstärkung gelang es, ihn zu verhaften. Beim Einsatz wurde eine Polizistin verletzt und musste im Spital untersucht werden. (zzs.)

Mehr Schlagkraft gegen Terrorismus

Strafverfolgung von Terroris-

Dass ausgerechnet in der

ror-Einheit laut wird, ist kein Zu-

tember 2020 erstach in Morges

adäquat zu begegnen.»

Der neue Bundesanwalt Stefan Blättler soll den Kampf gegen den Terror verstärken. Das fordern Polizeikader. Andrea Kučera

Stefan Blättler lässt sich nicht in 2022 tritt der heutige Polizeikommandant des Kantons Bern seine neue Stelle als Bundesanwalt an. Wo will er als höchster Strafver- Waadt der Ruf nach einer Antiterfolger der Schweiz den Schwerpunkt legen? «Das kann ich noch fall: Hier ereignete sich vor gut einicht sagen», antwortete er im nem Jahr der erste Terroran-Frage der «Republik».

mehr Mittel in die Terrorismusbeunabhängige Antiterror-Einheit stehenden Ressourcen sind mei-

Blättler den Fokus setzen sollte, Doppelbürger vor einem Kebab-Lokal einen Gast. Laut Medienbe-Amtskollege, Polizeikomman- richten befand sich der Täter bedant Jacques Antenen: «Der neue reits seit 2017 auf der Liste isla-Bundesanwalt wäre gut beraten, mistischer Gefährder des Nachrichtendienstes. kämpfung zu stecken und eine

nach dem Vorbild Frankreichs Lugano mit einem Messer auf oder Deutschlands zu schaffen», Menschen ein. Eine Passantin Massnahmen sollten immer ge- ten die operativen Kräfte massiv.» sagt er. «Die heute zur Verfügung wurde schwer verletzt. Auch hier stützt auf sorgfältige Gefährner Meinung nach ungenügend.» hadistischen Motiv aus. Für Antenes gesteigerten Fallaufkommens distisch motiviertem Terrorismus Antenen ist mit der Forderung nen waren diese zwei Attentate ergriffen werden, und nicht als hängig - darunter jene zu den An-

der Staatsanwalt Eric Cottier sieht Jacques Antenen Handlungsbedarf: «Zwar wurden in den letzten Jahren bei der Bundesanwaltschaft neue Stellen geschaffen in der Prävention und



heutigen Mittel zur Verfolgung terroristischer Aktivitäten nicht.

rorismus in der Schweiz nicht mehr eine hypothetische, son-September auf die entsprechende schlag der Schweiz: Am 12. Sepdern eine reelle Gefahr», sagt er. «Diese Tatsache fand bis jetzt Eine klare Vorstellung, wo ein türkisch-schweizerischer aber nicht überall in der Schweiz die nötige Aufmerksamkeit.»

Die Schweizerische Staatsanwälte-Konferenz schätzt die in der Schweiz zur Verfolgung von Delikten im Bereich Extremismus und Terror zur Verfügung stehen-Zwei Monate später, im No- den Ressourcen ebenfalls «als revember 2020, stach eine Frau in lativ knapp ein», wie sie auf Anfrage schreibt. Aber: «Konkrete gehen die Ermittler von einem ji- dungsanalysen oder aufgrund einicht allein. Auch der Waadtlän- ein Wendepunkt: «Seither ist Ter- Reaktion auf einzelne Fälle.» Die griffen in Morges und Lugano.

Bundesanwaltschaft selbst kommentiert den Vorschlag einer Antiterror-Einheit nicht. Sie hält fest, dass der Ressourceneinsatz laufend überprüft werde und der Bereich Terrorismus in den vergangenen Jahren verstärkt worden sei: «Nebst dem Verantwortlichen Terrorismus wurden dem Deliktfeld Terrorismus noch weitere Staats- und Assistenzstaatsanwälte fest zugeteilt.» Wie stark die Terrorgefahr die

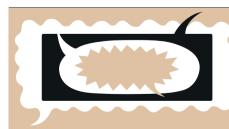
Bundesanwaltschaft fordert, zeigt der Blick in den jüngsten Tätigkeitsbericht. Für das Jahr 2020 ist dort ein deutlicher Anstieg von Gefährdungsmeldungen im Bereich des Terrorismus vermerkt. Weiter hält die Bundesanwaltschaft fest: «Die Anzahl und Komplexität der in der Abteilung geführten Verfahren führte zu einer anhaltenden, starken Belastung aller Mitarbeitenden. Nicht zuletzt die jüngsten, zueinander zeitnah in der Schweiz verübten terroristischen Anschläge forder-Derzeit sind bei der Bundesanwaltschaft 70 Verfahren zu jiha-

ANZEIGE



Zürich Lochergut Zürich am Hauptbahnhof reseda.ch

Mit Locher Ruedi durch die Impfwoche



Showdown Stefan Bühler

ocher Ruedi, der Vordenker bei uns im unteren Gürbetal, fürchtet um seine Autorität: die Impfgegner! Kon-beim Vordenken nicht mehr zuhört. Dabei hat Locher keinen Aufwand gescheut: Er hat die Videos von Christian Drosten ins Gürbetalische übersetzt und im «Bären» vorgetra-

zu reden, was bloss seine Frau etwas nervös machte: «Was scharwenzelst du so ziseliert?», fragte sie ihn gereizt, «haben sie im Bären) etwa eine neue Serviertochter?»

Rösti und seine ungeimpften Kumpanen

in den Surchabis mischen könnte, den die unteren Gürbetaler doch so gerne essen? einen Brief an Pfizer und schlug vor, den

gen. Er versuchte, so elegant wie Alain Berset | die Wirkung gegen Corona betrifft - gerade

aber zeigten sich resistent und ignorierten Lochers sämtliche Referate standhaft. Es war das erste Mal seit dem Einmarsch Napoleons im Gürbetal, dass einem Locher hier nicht zugehört wurde. Und damals war das einzig dem Umstand geschuldet, dass die Franzosen nur Französisch verstanden. Locher telefonierte mit Christoph Berger

von der eidgenössischen Impfkommission,

fragte ihn, ob man allenfalls etwas Impfstoff Aber Berger winkte ab. Darauf schrieb Locher Impfstoff in die Viagra-Tabletten zu integrieren. «No way», beschied man ihm, «das wäre ein unkontrollierbarer Booster, nicht nur was

bei den Gürbetaler Männern!» Locher insistierte nicht. Doch sein Problem blieb ungelöst, die Ratlosigkeit stieg. In seinen finstersten Stunden setzte er sich bereits mit dem Undenkharen auseinander - an den Stammtisch im «Hirschen» im oberen Gürbetal zu wechseln. Locher war so verzweifelt wie der

Bundesrat nach der Impfwoche. Bis ihn am Samstag im «Bären» ein Geistesblitz traf: Ruedi riss seine Maske vom Gesicht, stürmte durch die Gaststube, hustete und prustete in Richtung Rösti Roland und Kollegen und rief: «Jetzt stecke ich euch mit meinen Gentech-mRNA-Aerosolen an, mit meinen manipulierten Moderna-Viren!» Damit löste er eine Massenpanik aus: Hektisch zogen Rösti und seine Männer Schutzmasken über Mund und Nase und besprühten sich mit Desinfektionsmittel.

Was der Vorfall epidemiologisch bewirkt, wird die Statistik in zehn Tagen zeigen. Doch ist gewiss: Locher Ruedi hört man besser zu.

Classe politique

Und schlagen darum für den Notfall eine praxiserprobte

Marie Levrat, Hoffnungsträgerin, ist gerade in den Freiburger Grossen Rat gewählt worden. Sie einst im FDP-Präsidium landet.

Levrat

links als ihr Vater, sagte sie dem «Tages-Anzeiger». Was nach Drohung tönt, können liberale Geister auch als Versprechen verstehen: Christian Levrat lancierte seine Karriere einst im Jungfreisinn und driftete dann nach links ins SP-Präsidium Marie beginnt nun links – es ist